Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

52 (31.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 52 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Donnerstag, 31. Januar 1918 — 77. Jahrgang. — Abendblatt.

14000 Kilogramm Bomben auf Paris.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 31. Januar. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit blieb auf Artillerie- und Minenwerferkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

*

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnung wieder offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes angegriffen.

Dank unserer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte Verluste und Schäden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris im ersten planmäßigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14000 Kilogramm Bomben belegt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Asiago scheiterte ein italienischer Angriff im Feuer.

Zwischen Asiago und der Brenta blieb die Artillerietätigkeit rege.

Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf

15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

*

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 30. Jan. (Amtlich.) Unseren U-Booten fielen im mittleren und östlichen Mittelmeer kürzlich

19000 B.-R.-T.

Handelsschiffsraumes zum Opfer.

Insbesondere wurde dadurch der Transportverkehr nach Italien betroffen. U. a. wurden zwei große Dampfer aus einem durch zahlreiche Bewacher und U-Bootjäger gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Wirkungen des U-Bootkrieges in Italien.

WTB. Berlin, 30. Jan. Auf den Seeverkehr nach Italien wirkt unser U-Bootkrieg geradezu verheerend. Dem „Popolo Romano" vom 22. Jan. zufolge, schätzte der italienische Finanzminister Nitti den Verlust der italienischen Handelsflotte im Verlaufe dieses Krieges auf 55 Prozent. Diese Entwickelung erfüllt uns Deutsche mit umso größerer Genugtuung, als das Vertrauen auf die freie Schiffahrt für Italien die selbständige Voraussetzung für seinen Verrat am Dreibund und seinen Anschluß an England war. Nun stockt die Einfuhr von Kohlen, Erzen und Lebensmitteln. Die Eisenbahnen und selbst die Kriegsindustrien leiden Not — Italien ist völlig auf die Gnade Englands angewiesen, das die Front in Venetien als Nebenkriegsschauplatz behandelt und nur hilft, wenn Italien weiter opfert für die eigensüchtigen Pläne der Entente.

* * *

* Berlin, 30. Jan. Die „Gazette del Popolo" vom 23. Jan. schreibt: Auf der Durchfahrt durch Turin, mit dem Nachmittagszug nach Frankreich weiterfahrend, ist gestern der Generalvizedirektor der Staatseisenbahn, Bertini, hier gewesen, der sich nach Paris begibt mit dem Auftrag, größere Mengen der für das Land nötigen Kohlen zuerhalten. — „Caffaro" vom 25. Januar meldet über den Eisenbahndienst auf der Linie Savona-Ventimiglia aus Savona: Seit einigen Tagen fahren alle Güterzüge der Linie Savona-Ventimiglia mit fabelhaften Verspätungen und ab und zu halten sie auf offener Strecke, da es unmöglich ist, vorwärts zu kommen. Es scheint das von der schlechten Beschaffenheit des Heizmaterials herzukommen. Es ist eine wahre Ironie, daß die Linie, die das ganze Land mit Kohlen versorgen soll, in diesem schweren Augenblick der Kohlennot eine regelmäßige Versorgung nicht gewährleisten kann. Es ist zu hoffen, daß sofort energische Maßnahmen ergriffen werden, nicht ausgeschlossen die, nach Savona einen Beamten zu bringen, der in der ernsten Stunde, die die Nation durchlebt, energischer für Kohlentransporte sorgt.

Zwei englische U-Boote versenkt.

WTB. Konstantinopel, 31. Jan. Amtlicher Bericht von gestern: An den Dardanellen wurde durch Geschützfeuer der Dardanellenbatterien das englische U-Boot „E. 14" bei Kumkale versenkt. 7 Mann wurden gerettet. Einem zweiten englischen U-Boot, „E. 32", wurde bei Nagara das Sehrohr abgeschossen. Dann wurde ein großer Oelfleck beobachtet, so daß auch dieses Boot mit ziemlicher Sicherheit als vernichtet gelten kann.

Durch Maschinengewehrfeuer wurde ein englisches Wasserflugzeug, System Shore, bei Nagara zum Landen gezwungen. Die Besatzung wurde gefangen das Flugzeug unversehrt geborgen.

Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Der Demonstrationsstreik.

* Karlsruhe, 31. Jan.

Im Ententelager herrscht eitel Jubel. Ende der vorigen Woche erst hatte Lloyd George den über die lange Kriegsdauer und die U-Bootnot sehr mißmutig gewordenen Vertretern der Londoner Geschäftswelt geantwortet: „die Herren möchten nur noch kurze Zeit Geduld haben. Nach ganz zuverlässigen Nachrichten, die ihm zugegangen seien, stehe die innere Revolution in Deutschland unmittelbar bevor. Die ganze demokratische Bewegung sei so stark, daß man auf diese Weise, ohne die Verbündeten preisgeben zu brauchen, mit Sicherheit zu einem sogenannten annexionslosen Frieden gelangen werde, der Englands Kriegsziel, die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, ohne daß Deutschland es selbst merke, voll befriedige." Wenige Tage darauf kann die Londoner Presse bereits durch Sonderausgaben ihren Lesern, deren stark gesunkene Hoffnungen schon durch die österreichische Ausstandsbewegung wieder erheblich aufgefrischt wurden, den Beginn des Berliner Demonstrationsstreiks vermelden. Daß sie dies mit der nötigen Sensation und Uebertreibung besorgt, darüber hat uns schon heute morgen ein Kopenhagener Telegramm Gewißheit verschafft: „Der Zusammenbruch der Mittelmächte", so lautet die Ueberschrift der Extrablätter, die die Zeitungsboys zur Stunde in den Londoner Straßen ausrufen.

Wir in Deutschland wissen natürlich sehr genau, daß dieser bedauerlichen Bewegung gewisser Arbeiterkreise, so ernst wir sie auch einschätzen mögen, eine so tiefgreifende Bedeutung nicht zukommt. Selbst in den Berliner Arbeiterbezirken, der eigentlichen Hochburg der Unabhängigen Sozialdemokratie, hat die Bewegung noch nicht die ganze breite Masse der Arbeiterschaft erfaßt; im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verhält sich die Mehrheit der Arbeiterschaft sogar ablehnend, nur in einzelnen Werken ist es zu Teilausständen gekommen. Das Gleiche gilt von den übrigen deutschen Industriestädten, auf die die Wellen der Ausstandsbewegung schon übergegriffen haben. Die nationalen Arbeiterverbände, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, haben ausdrücklich bekanntgegeben, daß sie mit dem Streik nichts zu tun haben wollen und auch die freien Gewerkschaften, deren Führer sich zum Teil ebenfalls in anerkennenswerter Weise der Aufklärung der Arbeiterschaft angenommen haben, haben sich für neutral erklärt. Die Haltung dieser maßgebenden Vertreter der Arbeiterschaft wird ohne Zweifel nicht ohne Eindruck bleiben auf jene ruhig und vernünftig urteilenden Arbeiter Deutschlands, die sich trotz aller Verhetzungsversuche extremer Elemente noch einen freien Blick für die großen Zusammenhänge gewahrt haben.

Der Demonstrationsstreik, der also in der Hauptsache eine Mache der Berliner Unabhängigen ist, trägt einen ausgesprochen politischen Charakter. Das Programm, das dieser Tage vom „Vorwärts" veröffentlicht wurde, enthält — obwohl es sich auch mit einigen innerpolitischen Fragen befaßt — kein Wort von

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

⊙ **Die Uraufführung einer Tragikomödie von Georg Kaiser.** Man schreibt aus Königsberg: Julius Bab, der zur Zeit als Dramaturg und Regisseur an Leopold Jessners Neuem Schauspielhaus tätig ist, hat eine schon längere Zeit zurückliegende Jugendarbeit des jetzt so viel gespielten Georg Kaiser mit gutem Gelingen zur Uraufführung gebracht. Es ist ein Tragikomödie aus dem Schulleben „Rektor Kleist", an der noch die Eierschalen dramatischen Anfängertums haften: schwankes Ziel, unsichere Hand, tastende Gestaltungskraft. Der verwachsene, rothaarige Rektor eines Alumnats ist ein Stiefkind der Natur, das im heimlichen Haß gegen die Gesunden und Bevorzugten lebt und seine Leiden mit stoischem Gleichmut erträgt, nur um von jenen nicht allzu benachteiligt zu erscheinen. Eines Tages wirft er im Glauben, unbeobachtet zu sein, zornentbrannt ein gefülltes Tintenfaß gegen eine an die Tür geheftete, ihn verunglimpfende Karikatur. Auf Veranlassung eines Lehrers findet eine große Disziplinaruntersuchung statt, wer die „Schweinerei mit dem Tintenfaß begangen habe. Während ein Unschuldiger der Missetat verdächtigt wird, sucht der Rektor den Schüler der zufällig Zeuge jener Szene wurde, zu veranlassen, die Schuld auf sich zu nehmen, und der arme Junge findet schließlich aus diesem Dilemma, den Rektor zu verraten oder sich selbst fälschlich zu bezichtigen, keinen anderen Ausweg als den Tod. So banal die Vorgänge erscheinen, so hat der Bühneninstinkt Kaisers doch ein ziemlich spannendes und nicht ungefälliges Theaterstück daraus gefügt, das freilich seine offenkundigen Fehler hat und nicht ernsthaft auf literarische Vorzüge angesprochen werden darf. Die Aufnahme des Stückes war von unzweideutigem Wohlwollen.

⊹ **Deutsche Opernaufführungen in Holland.** Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die 5 deutschen Opern-Abende, die der Intendant von Gerlach in diesem Winter in Holland veranstaltete, brachten als jüngste und besonders dankenswerte Gabe ein Gesamtspiel der Stuttgarter Hofoper. Die erlesene Truppe führte Max v. Schillings „Mona Lisa" auf, unter persönlicher Leitung des Komponisten. Das Musikdrama, das für Holland eine Neuheit war, interessierte hier auf das Lebhafteste. Der fesselnde Stoff, der prunkvolle grandiose kulturgeschichtliche Hintergrund des Florentiner Karnevals zur Zeit der Medicer und der Mönche des Savonarola, die immer vernehme und auf hohem künstlerischem Niveau stehende Musik sichern dem Werke an sich schon den Erfolg. Wenn außerdem die Aufführung schon so vollendet ist, wie sie das Stuttgarter Hoftheater zu bieten vermag, bedarf es keiner näheren Erklärung, daß das Werk und seine Wiedergabe sowohl in Haag wie in Amsterdam eine glänzende, man darf wohl sagen begeisterte Aufnahme fand. John Forsell als Francesco del Giocondo, Frau Iracema Brügelmann als Mona Lisa und Karl Aagaar Oestvig als Giovanni Salviati boten in gesanglicher wie darstellerischen Hinsicht schlechthin unübertreffliche Leistungen. Die Ausstattung, die man in Deutschland ja kennt, und namentlich der Palast des Brunelleschi, war für die hiesigen Verhältnisse ein neues Beispiel hoher Inszenierungskunst. Allen Mitwirkenden, an ihrer Spitze der Komponist, dankte reicher Beifall. Die Deutsche Gesandtschaft, sowie verschiedene offizielle Behörden waren vertreten.

* **Jakob Burckhardts Nachlaß.** Von Jakob Burckhardt, dem großen Baseler Kunstgelehrten, wird zu seinem 100. Geburtstag (26. Mai 1918) ein neuer Nachlaßband erscheinen, den die Historische und Antiquarische Gesellschaft in Basel im dortigen Verlag von Benno Schwabe herausgibt. Der Band wird 20 bis 25 Vorträge historischen, kunst und literarhistorischen Charakters aus den Jahren 1844—1887 umfassen. Mit der Herausgabe wurde Dr. E. Dürr in Basel betraut. Zum gleichen Tage soll eine Biographie Burckhardts erscheinen, dessen Erben Dr. Otto Markwart, Professor der Geschichte am kantonalen Gymnasium in Zürich, damit betrauten. Ihm wurde zu diesem Zweck von Dr. Albert Oeri der gesamte Nachlaß Burckhardts zur Verfügung gestellt.

Bunte Chronik.

! ⊹ **Das Geheimnis des französischen Tabakladens.** Ein Pariser Finanzmann, so erzählt George de la Fourchardière im L'Oeuvre, speiste unlängst mit einigen Freunden und zog nach Tisch eine Pfeife und ein Paket Tabak hervor. Er steckte den Tabak in die Pfeife und die Pfeife in den Mund. Aus der Pfeife und aus dem Mund aber sah man nun Rauch hervorquellen. Es gab keinen Zweifel: der Rauch war echt, der Finanzmann war keiner von jenen Schwindlern, die eine leere Pfeife im Munde halten, um die Leute glauben zu machen, daß sie besondere Beziehungen zur parlamentarischen Welt haben. „Oh, oh," riefen die Freunde bewundernd aus. Einer fügte hinzu: „Könnte man vielleicht erfahren, wo . . ." „In der Schweiz," erwiderte der Finanzmann. „Ah!" riefen die Freunde enttäuscht. Der Finanzmann aber erzählte: „Als ich nach Genf kam, eilte ich sofort in einen Tabakladen und verlangte zögernd ein Paket echten französischen Tabaks. Die Verkäuferin reichte mir sofort eines und verlangte 35 Centimes. Es ist derselbe Tabak, für den wir in Frankreich 60 Centimes zahlen." „Für den wir gerne 60 Centimes bezahlen würden," verbesserte einer der Zuhörer. „Ich fragte die Verkäuferin, ob ich noch ein zweites Paket haben könnte. Sie erwiderte, sie könne mir soviel Pakete geben, als ich nur wollte. Als ich aber fragte, ob sie rechtzeitig ein so ungeheures Lager französischen Tabaks angelegt habe, erwiderte sie, daß dies nicht nötig sei, da die französische Regie ihr regelmäßig das Gewünschte in jeder Menge liefert. Ich habe alle Tabakläden in Genf und in Bern besucht und festgestellt, daß die französische Regie ein hervorragend leistungsfähiger und pünktlicher Lieferant ist." „Warum ist aber dann bei uns der Tabak nicht erhältlich?" fragten die Freunde. „Das ist sehr einfach. Es wurde statistisch festgestellt, daß jeder Schweizer im Durchschnitt dreimal so viel Tabak verbraucht wie ein Franzose. Ein guter Kaufmann muß aber vor allem seine besten Kunden befriedigen."

○ **Ein Opfer der Politik.** Der Friseur, so erzählt ein Pariser Blatt, ließ eifrig die Scheren um die Ohren seines Kunden klappern. „Schlechtes Wetter!" sagte er. „Ja." „Und dann diese vielen politischen Skandale, diese politischen Verhaftungen . . ." In diesem Augenblick machte der Kunde einen Sprung, daß die Schere sich in der Hand des Friseurs aufspießte. „Schweigen Sie," schrie er wütend, „sprechen Sie mir nicht davon, ich werde wütend, wenn ich daran denke, daß diese Skandale mich wiederum 1300 Frs. kosten, da ich wieder einen neuen Teppich für mein Treppenhaus anschaffen muß." Der Mann ist wahnsinnig geworden, dachte der Friseur. „In den ersten Kriegsmonaten," fuhr der Herr fort, „liefen die Polizisten, Detektive, Telegraphisten, Journalisten ununterbrochen über den neuen Teppich meines Treppenhauses. In der Folgezeit hat mich jede Ministerkrise wieder einen neuen Teppich gekostet. Und jetzt, in der Zeit der Skandale, ist wieder ein solches Gelaufe, daß der Teppich einfach verschwunden ist." „Verzeihen Sie," fragte der Friseur, „mit wem habe ich die Ehre?" „Mit einem Hausbesitzer, der glaubte, wenn er einem ehemaligen Ministerpräsidenten eine Wohnung vermiete, sei er vor allen Unannehmlichkeiten geschützt!"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen, um die bei früheren Ausständen ausschließlich gekämpft wurde. Friedensfrage, Wahlrechtsfrage und Lebensmittelfrage — das sind die drei Kernpunkte der jetzigen Ausstandsbewegung.

Es gehört ein ganz erhebliches Maß von Urteilslosigkeit dazu, anzunehmen, daß gerade in diesem Augenblick ein solcher Demonstrationsstreik die Herbeiführung des von uns allen erwünschten Friedens beschleunigen würde. Das genaue Gegenteil wird der Fall sein. Wir haben schon vor einigen Tagen an dieser Stelle dargelegt, welche verhängnisvollen Folgen der österreichische Demonstrationsstreik im Hinblick auf die Stimmung in den feindlichen Ländern hatte. Die italienische Heeresleitung hatte sich ja beeilt, das „freudige Ereignis" eigens ihren Truppen an der Front mitzuteilen, um dadurch ihren Kampfesmut zu steigern. Und man geht wohl nicht fehl, wenn man die neuesten heftigen Angriffe der Italiener an der Tiroler Front, die gottlob blutig zurückgewiesen wurden, auf diese Stimmungsmache zurückführt. Wie man in England die Streikbewegung ausdeuten und ausschlachten wird, haben wir bereits eingangs betont. Und in gleicher Weise wird man in Frankreich und in den Vereinigten Staaten die kriegsmüde Stimmung mit dem Hinweis auf den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch Deutschlands aufs neue aufpeitschen versuchen. Man wird die schon stark erlahmten Völker noch einmal zu einem letzten großen Waffengang aufrufen gegen das innerlich angeblich zermürbte Deutschland. Unsere Brüder und Söhne an der Front müssen dann die Sünden der Heimat mit ihrem Blut büßen. So wird dieser unglückselige Gedanke eines Demonstrationsstreiks der Zuversicht unserer westlichen Gegner ungemessene neue Nahrung zuführen und somit mit mathematischer Sicherheit nicht kriegverkürzend, sondern kriegverlängernd wirken.

Nicht minder bedenklich wird die Ausstandsbewegung auf die jetzt wieder beginnenden Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk einwirken, wohin der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, gestützt auf eine ausgiebige Erörterung im Hauptausschuß des Reichstages und getragen von dem Vertrauen der großen Mehrheit der deutschen Volksvertretung, jetzt zurückgekehrt ist. Der Hauptausschuß des Reichstags selbst hat sich vertagt und hat damit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er nach der erfolgten Aussprache dem Staatssekretär für die Zeit der Verhandlungen freie Hand lassen will. Und nun fährt der Demonstrationsstreik unseren Friedensunterhändlern in die Parade. Er wird die Halsstarrigkeit und den Uebermut der russischen Delegierten, soweit dies noch möglich ist, vermehren und wird sie aufs neue veranlassen, die Verhandlungen in der Erwartung weiterer Zersetzungserscheinungen bei den Mittelmächten immer wieder hinaus zu schleppen.

Die Lebensmittelfrage ist ein zweiter Hauptpunkt auf dem Programm der Veranstalter der Streikbewegung. Auch wir müssen zugeben, daß in der Frage der Lebensmittelversorgung manche Fehler gemacht worden sind, unter denen die Allgemeinheit zu leiden hatte. Aber im ganzen hat es doch geklappt, und es ist dem deutschen Volke bis heute möglich gewesen, wenn auch unter empfindlichen Entbehrungen, sein Leben zu fristen. Kann nun durch den Streik in der Lebensmittelfrage irgend etwas durchgreifendes geändert werden? Im Gegenteil! Wenn der Streik sich weiter verbreitet und auf die Nahrungsmittelfabriken und -Betriebe und auf das Transportwesen übergriffe, dann ständen wir vor einer Katastrophe, vor deren unabsehbaren Folgen uns auch der schnellste Frieden nicht retten könnte. Und hier springt auch die Frage auf: Haben denn die Arbeiterkreise und im besonderen jene der Rüstungsindustrie erheblicher unter der Kriegsnot gelitten als der sogenannte Mittelstand, die Beamten, die Privatangestellten, die Handwerker oder die Ladenbesitzer? Gerade an die daheimgebliebenen Arbeiter ist doch auch ein Teil des Milliardensegens abgeflossen und hat ihnen Verdienste von einer Höhe gebracht, wie sie sie auch in den besten Friedenszeiten niemals erreichen konnten!

Anders liegen die Dinge bei der preußischen Wahlrechtsfrage. Hier hat die Art, wie dieses Gesetz, dessen Bedeutung auch in den weitesten Kreisen des Volkes vollauf erfaßt wird, im Wahlrechtsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses behandelt wird, mit Recht arg verstimmend gewirkt. Daß die Reform bei der bekannten Zusammensetzung des bisherigen preußischen Landtages auf die größten Schwierigkeiten stoßen werde, war ja vorauszusetzen. Aber hier wäre es u. E. die Pflicht der Regierung gewesen, gerade mit Rücksicht auf die Stimmung der Massen einmal mit einem ganz entschiedenen und eindringlichen Appell hervorzutreten und ihre Mißbilligung über die Verschleppungstaktik deutlich Ausdruck zu geben. Gerade durch diese unerfreulichen Erscheinungen im preußischen Wahlrechtsausschuß ist im Volke der Eindruck von einem neuerlichen Erstarken der Reaktion verstärkt worden. Die Masse aber hält all diese jetzt schwebenden Probleme nicht so scharf auseinander, sie wirft Friedensfrage und Wahlrechtsreform in einen Topf und bucht auch die ganze Ernährungsfrage auf das Schuldkonto der als agrarisch verschrieenen „reaktionären Herrenschicht". Greift die Regierung jetzt endlich in der Wahlrechtsfrage zu energischen Maßnahmen, so stützt sie dabei zweifellos die Teile der Arbeiterschaft und ihre Führer, die die Besonnenheit bewahrt haben, und die einen glücklichen Ausgang des Krieges für Deutschland wünschen.

Die Haltung der sozialdemokratischen Parteileitung in diesem politischen Streik ist nicht ganz klar. Soviel ist auf jeden Fall sicher, daß sie ihn hat kommen sehen, daß sie nicht die nötigen Maßnahmen getroffen hat, ihn zu verhindern, und daß sie auch jetzt, da er im Gang ist, sich scheut, ihm mit ihrer ganzen Kraft entgegenzutreten. Die Bewegung ist ihr über den Kopf gewachsen, und, wo sie Führerin sein konnte, spielt sie die Rolle der Geführten. Wenn sie auch mit Recht die formelle Verantwortung für den Ausstand ablehnt, kann sie sich, nachdem sie an der Streikleitung und der Formulierung des Programms teilgenommen hat, doch nicht der materiellen Mitverantwortung für die weiteren Ereignisse entziehen. Das scheint sie auch einzusehen und darum ist gestern, wie wir heute morgen meldeten, der Reichsausschuß der Partei nach Berlin einberufen worden, um über die Frage zu beraten. Man will jetzt das Programm der Streikenden auf alle innerpolitischen Fragen, also vornehmlich auf die der Wahlrechtsreform und der Ernährung beschränken und alle von den ausständigen Arbeitern geäußerten außerpolitischen Wünsche streichen. Damit wäre ein schon einigermaßen brauchbarer Boden für die Verständigung geschaffen, da die Friedensfrage ausscheidet. Es kommt nun alles darauf an, ob es den Vertretern der rechtsstehenden Sozialdemokratie gelingt, ihren Standpunkt gegenüber jenem der Unabhängigen, die die Massen zum Streik aufgehetzt haben, durchzusetzen. In der Streikleitung sind sie einstweilen noch mit den „Unabhängigen" gleichgestellt; beiden Gruppen haben die Ausständischen je drei Vertreter in den Ausschuß zugebilligt. Die Sozialdemokratie hat sich durch ihre zwiespältige Haltung auf eine sehr bedenkliche Bahn begeben, und es bleibt nur die Hoffnung, daß sie wenigstens alles tun wird, um die Ausstandsbewegung so schnell wie möglich ihrem Ende zuzuführen.

(a. K.)

* * *

Ruhige Stimmung am Niederrhein.

bz. Berlin, 31. Jan. Auf den großen industriellen Werken des linken Niederrheins haben die Versuche der Unabhängigen überhaupt nicht Fuß fassen können. Der Aufruf ist nicht einmal beachtet worden. Die Arbeit geht ihren ungestörten Gang, und kein Arbeiter denkt daran, zu streiken. Christliche und Freie Gewerkschaften stimmen in der Ablehnung der Machenschaften überein.

Die Haltung der freien Gewerkschaften.

bz. Berlin, 31. Jan. Die Generalkommission der freien Gewerkschaften erklärt heute nachmittag, daß sie nach wie vor sich gegenüber der Streikbewegung neutral verhalte, daher auch zu keinerlei Beschlüssen irgendwie zum Streik Stellung genommen habe oder nehmen werde.

*

Hindenburg an die Streikenden.

() Berlin, 31. Jan. An die streikenden Arbeiter wendet sich ein Flugblatt, das an den Litfaßsäulen und in den Straßenbahnwagen angebracht ist und gestern früh auch auf der Straße verteilt wurde. In diesem Flugblatt gibt Generalfeldmarschall von Hindenburg seiner Meinung über den Streik dahin kund, daß jede noch so unbedeutende Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft und eine unsühnbare Schuld am Heere, insbesondere an den Männern in den Schützengräben bedeutet.

*

Auflösung des Ausschusses der Ausständigen.

WTB. Berlin, 31. Jan. (Nicht amtlich.) **Der Oberbefehlshaber in den Marken hat den Ausschuß der Ausständigen, der unter dem Namen „Arbeiterrat" sich gebildet hat, auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand aufgelöst und ihm jedes weitere Zusammentreten verboten, da die Ausstandsbewegung, die untre Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen ins Leben getreten sei, die öffentliche Sicherheit gefährde. Gleichzeitig wird jede Bildung irgend einer neuen Vereinigung zur Leitung der gegenwärtigen Streikbewegung verboten.**

*

Der drohende Generalstreik in Frankreich.

bz. Genf, 30. Jan. „Journal de Debats" schreibt, daß die französische Regierung Maßnahmen ergreife gegen die von den Syndikalisten für Februar angekündigte Generalstreikbewegung in Frankreich. Die Präfekten seien mit weitgehenden Vollmachten versehen. Im Pariser Bureau der Syndikalisten fanden polizeiliche Durchsuchungen statt.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 30. Jan.

Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz des türkischen Großvesiers eine Plenarsitzung statt, die von ihm mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde.

Staatssekretär von Kühlmann teilte darauf die Entsendung des bayerischen Staatsministers von Podewils als Vertreter Bayerns zu den Verhandlungen mit.

Herr Trotzki erklärte anschließend, daß in der Zusammensetzung der russischen Delegation zwei Veränderungen stattgefunden hätten, deren eine rein persönlicher Natur sei, während die andere staatsrechtlichen und politischen Charakter tragend, die Einreihung zweier Mitglieder der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation sei. Die Regierung der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen eines jedoch in Petersburg als Mitglied der Regierung des Rates der Volkskommissare zurückgeblieben sei.

Herr Trotzki gab sodann erläuternd einen Ueberblick über die Zustände in der Ukraine, wo sich das ganze Bergwerksgebiet von Jekaterinoslaw und die Gouvernements Charkow und Poltawa ganz in der Gewalt der ukrainischen Sowjets befänden. In den anderen Teilen der Ukraine geht der Einfluß der Kiewer Rada stetig zurück. Am Tage seiner Abreise aus Petersburg hat der direkte Draht aus Kiew den Rücktritt des Kiewer Generalsekretariats gemeldet. Ein mit der Delegation dieses Sekretariates abgeschlossener Friede könne unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls schon als Frieden mit der Ukrainischen Republik angesehen werden. Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten tage, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien, und wo einmütig föderative Grundlagen für die Russische Republik geschaffen wurden, entspreche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariates in die hiesige russische Delegation durchaus den in der russischen Republik herrschenden Zuständen. Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußlands formell bestätigt würden.

Der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik behielt sich seine Stellungnahme bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung vor.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten die Aufschiebung der Erörterung über die Darlegung des Herrn Trotzki bis zum Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada befürworte. Die Lage scheine die zu sein, daß zwar das Bestehen einer freien Ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften berechtigt zu sein behaupten, international eine freie Ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage gründlich prüfen.

Herr Trotzki erwiderte, für die russische Delegation sei das Bestehen einer zweiten Körperschaft auf ukrainischem Gebiet neben der Rada, die das ukrainische Volk zu vertreten beanspruche, kein Anlaß zur Stellungnahme gewesen, solange die Räte der Ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sich noch nicht entschlossen hatten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Delegationen endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen berechtigt seien, sei nach dem Ergebnis des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden.

Graf Czernin schloß sich der von Staatssekretär v. Kühlmann vertretenen Ansicht an. Er gab anheim, um die Zeit nicht unnütz verstreichen zu lassen, inzwischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehmen zu lassen.

Herr Trotzki schloß sich diesem Wunsche an.

Talaat Pascha schloß dann die Sitzung mit dem Vorschlag, die Kommissionsverhandlungen wieder aufzunehmen, nachdem zuvor Herr Trotzki mitgeteilt hatte, daß die Untersuchung der Angelegenheit der bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode besprochenen angeblich von der Petersburger Telegraphen-Agentur ausgegebenen Depesche über eine Erklärung Herrn Joffes ergeben habe, daß die Petersburger Telegraphen-Agentur ein solches Telegramm überhaupt nicht hinausgab. Die Entstehung dieses Mißverständnisses oder dieser Fälschung nachzuprüfen, müsse er den daran interessierten Stellen überlassen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

18. öffentliche Sitzung.

= Karlsruhe, 31. Jan.

Präsident Dr. Zehnter eröffnet um 9¼ Uhr die Sitzung. Nach Mitteilung der Eingänge trat das Haus in die Tagesordnung ein: die Fortsetzung der Beratung über Hauptabteilung II:

Justizministerium.

Vizepräsident Rohrhurst übernahm den Vorsitz.

Abg. Venedey (F. Vpt.)

tadelte, daß wegen der Vergehen der deutschfeindlichen Kundgebungen zu strenge Strafen verhängt werden. Man sollte dabei mehr Rücksicht nehmen auf die infolge der langen Dauer des Krieges herrschende Stimmung und nur in rohen Fällen auf Gefängnisstrafen erkennen, sonst sollte man im ersten Falle warnen oder eine Geldstrafe verhängen. Ein Erlaß des Justizministers in diesem Sinne wäre zu begrüßen. Abg. Venedey brachte weitere Wünsche vor wegen Entschädigung unschuldig Verurteilter, darüber, daß die Strafregister zu rücksichtslos verlesen werden und besprach die Strafrechtspflege gegenüber den Jugendlichen. Die Studenten, die am Kriege teilgenommen haben, sollen deshalb nicht schlechter gestellt werden, man sollte ihr Prüfungspatent zurückdatieren. Was die Frage der städtischen Grundbuchämter anlange, dürfte man nicht übersehen, daß die Städte viele Aufgaben übernommen haben, die eigentlich Sache des Staates wären. Der Redner dankte dem Justizminister für die warmen Worte, die er dem Anwaltsstande gewidmet hat und bezeichnete eine Reform der Anwaltsgebühren als eine zeitgemäße Forderung.

Abg. Wittemann (Zentr.)

gedachte der Justizbeamten, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind, und begrüßte den neuen Justizminister, dessen Ernennung innerhalb und außerhalb Badens im Richterstande große Befriedigung erregt habe, weil er von der Pike auf gedient hat. Dann brachte er Wünsche der Richter vor. Sie sollten die Richter mit ihren Gehältern nicht hinter den Verwaltungsbeamten zurückstehen. Die Staatsanwaltschaft sollte gegenüber den Verwaltungen unabhängiger gestellt werden. Dem Justizminister gegenüber betonte der Redner, daß tatsächlich in Richterkreisen der Wunsch besteht nach Ausschreibung der Richterstellen. Der Anwaltsstand in Baden befindet sich auf erfreulicher Höhe, für finanzielle Besserstellung der Anwälte sollte etwas geschehen. In der Ueberweisung von Armensachen an die Anwälte sollte mit mehr Zurückhaltung vorgegangen werden. Die Reformarbeiten des Zivil- und des Strafgesetzes sind durch den Krieg unterbrochen worden. Die Kriegsverordnungen sollten, soweit sie sich nicht bewährt haben, bald außer Kraft gesetzt werden. Die Sondergerichte sollten vermindert werden, man könnte die Amts- und Landgerichte so ausbauen, daß die Arbeiten der Sondergerichte an jenen Gerichten erledigt würden. Der Höchststreitwert vor den Gemeindegerichten müßte erhöht werden. Die Bagatellprozesse müssen vereinfacht werden. Bei den höheren Streitwerten sollten die Gebühren der Anwälte erhöht werden. Die Staatsanwaltschaft sollte entlastet werden. Die Strafkammern sollten mit drei Berufsrichtern und zwei Laien besetzt werden, dann könnte auch eine Reform der Schwurgerichte stattfinden. Der Redner verlangte zur Verminderung der Straftaten der Jugend die religiöse Erziehung und konfessionelle Zwangserziehung, eine Unterstützung der Bestrebungen, die eine Abwanderung der Kunstwerke ins Ausland verhindern. Im Gegensatze zu seinem Parteigenossen Dr. Zehnter verlangte Abg. Wittemann ein einheitliches Grundbuch für das Deutsche Reich.

Abg. Bauschbach (N. L.)

widmete ebenfalls den jungen Juristen, die auf dem Schlachtfelde gefallen sind, einen warmen Nachruf und wandte sich energisch dagegen, daß das Landgericht in Mosbach aufgehoben werde. In ländlichen Kreisen sei man der Meinung, daß das Grundbuch auf dem Lande bleiben soll. Bei der Bestrafung der Uebertretungen der Ernährungsvorschriften durch Landwirte selbst sollte mild vorgegangen werden. Die Besserstellung der Justizsekretäre ist zu unterstützen.

Ministerialdirektor Duffner:

Die Anschauung des Berichterstatters, daß mehr Gnade geübt werden könnte, ist nicht richtig. Als Grundsatz gilt bei der Prüfung einer Sache nach der Würdigkeit einer Begnadigung der Satz: kein Verbrechen ist so schwer, als daß nicht Gnade geübt werden könnte. In zahlreichen Fällen ist Gnade geübt worden, so auch bei weiblichen Personen, die wegen Verkehrs mit Kriegsgefangenen verurteilt wurden. Aber in den meisten Fällen ist das Verfahren so schändlich, daß Gnade nicht am Platze ist. Es ist würdelos, sich mit den Angehörigen unserer Feinde einzulassen. Man muß bei den Bestrafungen auch das vorbeugende Moment berücksichtigen. Der Strafurlaub auf Wohlverhalten ist der beste Weg der Gnade. Auf dem Gebiete des Kriegswuchers gibt es sehr leichte Fälle, da ja auch die Fahrlässigkeit bestraft wird. Wo es sich aber um die übermäßige Preissteigerung handelt, liegen die Dinge so, daß die Begnadigungsgesuche sehr kritisch behandelt werden müssen. Hier gibt es allerdings auch Fälle, die mild behandelt werden müssen. Aber wo böswillig Preisüberschreitungen stattfinden, können die Sachen nicht mild beurteilt werden, namentlich da der Schleichhandel uns sehr im Durchhalten gefährdet. Da sind die Mühlen vielfach der Durchgangspunkt für den Schleichhandel. Den Verstößen in der Mühle muß deshalb mit offenem Auge nachgegangen werden. Verlangt wurde, daß die Wohltat der Löschung der Strafe fortentwickelt werde bis zur vollständigen Straftilgung. Diese Wirkung zu erreichen, liegt auch in den Bestrebungen der badischen Justizverwaltung. Wir wünschen, daß dies durch das neue Strafgesetzbuch erfolgt. Im Wege der Bundesratsverordnung ist es nicht zu erreichen. Es ist auch gewünscht worden, daß auch die Disziplinarstrafen gelöscht werden sollen. Die Justizverwaltung steht diesen Anregungen sympathisch gegenüber. Es ist zu erwarten, daß diesem Wunsch bald entsprochen wird.

In welchem Stadium die Frage der Reform des § 153 der Gewerbeordnung sich befindet, weiß ich nicht. Der künftige Erpressungsparagraph im Strafgesetzbuche soll eine solche Gestaltung erhalten, daß er nicht in Lohnstreitigkeiten verwendet werden kann. Diesen Standpunkt hat auch die badische Regierung in Berlin vertreten. Abg. Venedey verlangt, daß Fälle wegen deutschfeindlicher Kundgebungen milder behandelt werden. Hier kann man sich aber auf den gesunden Sinn des Richters verlassen. Durch den Erlaß, der eine strenge Bestrafung bezweckt, soll nur nach dem gewerbsmäßigen Wilderer gezielt werden, damit das Wild dem allgemeinen Genusse zugänglich gemacht werden kann. Abg. Venedey hat eine weitgehende Entschädigung der Personen, die unschuldig in Untersuchungshaft saßen, gefordert. Demgegenüber ist zu sagen, daß diese Fälle nicht häufig vorgekommen sind. Die Vorführung Gefangener an der Zange darf nicht ex post betrachtet werden. Damals handelte es sich um eine Anklage des Verbrechens des Landesverrats, der mit Zuchthaus bestraft wird. Die Vorführung an der Zange erfolgte bereits nicht mehr, als die Sache in der Presse besprochen wurde. Ein Erlaß des Justizministeriums hat die Verwendung der Zange bereits bedeutend eingeschränkt. Die Jugendlichen sollen solange es geht vor den Schranken des Gerichts verschont werden. Der Wunsch des Abg. Venedey, daß die Examina der im Felde stehenden Kandidaten zurückdatiert werden, wird bereits verwirklicht. Ministerialdirektor Duffner ging auf die zahlreichen Reformvorschläge des Abg. Wittemann ein.

Geh. Rat Kern:

Die Anregung des Abg. Dr. Blum, daß man auch die verdienten Strafanstaltsgeistlichen zu Direktoren von Strafanstalten ernennen sollte, verlangt die Prüfung der Frage, ob man die Stellung des Straf-

anstaltsgeistlichen oder die des Strafanstaltsdirektors höher schätzt. Die Geistlichen beider Konfessionen haben während des Krieges die Seelsorge in den Strafanstalten in mustergültiger Weise geführt und insbesondere das vaterländische Gefühl der Strafgefangenen gehoben. Auch die anderen Strafanstaltsbeamten, so die Anstalts-Aerzte, haben sehr gut gewirkt, die dann auch verlangen könnten, daß man aus ihren Reihen Gefängnisdirektoren entnehme. Gegen die Ernennung von Gefängnisdirektoren aus den Reihen der Gefängnisgeistlichen bestehen aber große Bedenken, namentlich das, daß sie in konfessioneller Hinsicht nicht als parteilos gelten.

Abg. Dietrich (natl.):

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Staat sich an den Verlusten städtischer Grundbuchämtern beteiligen soll. Diese Verluste werden sich bis Ende 1917 auf etwa 500 000 ℳ belaufen. Die Regierung sollte in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen haben. Aus dem Wortlaute des Gesetzes ergibt sich nur das eine, daß man nicht mit Verlusten gerechnet hat und man konnte nicht damit rechnen, daß es nach den bisherigen Einnahmen zu Verlusten kommt. Die Regierung sollte so weit gehen, daß der Gemeinde erlaubt wird, sich später an den Gewinnen schadlos zu halten. Dazu kommt ein Billigkeitsgrund. Die Städte sind durch den Krieg gewaltig belastet worden, da bin ich der Meinung, daß der badische Staat, der den Krieg gut überstanden hat, den Städten entgegenkommt. Sodann ist auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, das Grundbuchwesen umzugestalten. Diese Aufgabe bedarf besonderer Vorsicht und Aufmerksamkeit. Wenn es auch wünschenswert ist, das Notariat im „Umherziehen" zu beseitigen, so darf das keineswegs eine Schwächung der Stellung der Ratschreiber zur Folge haben. Die Ratschreiber sind vielfach die Seele der Gemeindeverwaltungen auf dem Lande und wenn schon eine Aenderung erfolgt, so kann sie nur auf dem Wege gefunden werden, daß dem Ratschreiber in seiner Eigenschaft als Grundbuchbeamter eine größere Zuständigkeit als bisher zugewiesen wird. Notfalls muß eine sachgemäße Ausbildung derselben Platz greifen.

Ferner müssen diejenigen Unterlagen an Grundbüchern, Katastern usw., welche die Landgemeinden brauchen, auf dem Lande bleiben, denn sie bilden eine notwendige Unterlage für die Tätigkeit der Landgemeinden.

So sehr also das Grundbuchwesen reformbedürftig ist, ebensosehr darf die historische Entstehung und die Notwendigkeit auf unsere speziell badischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, nicht übersehen werden.

Weiter ist über die Bestrafung der Kriegsvergehen gesprochen worden. Es ist dabei immer der Standpunkt des Angeklagten vertreten worden. Man darf sich dabei auch einmal auf den Standpunkt der Verwaltung stellen, das sind die Gemeinden, die sehr unter dem Schleichhandel leiden. Gewöhnlich werden die Verfahren eingestellt, weil alle Beteiligten strafbar sind. Da sollte man doch nicht den Standpunkt vertreten, daß die Verwaltungsbehörden sich nicht des Staatsanwaltes bedienen würden. Ich habe vermißt, daß die Anregung des Abg. Rehmann erfüllt wurde, daß die Urteile derjenigen, die sich schwer gegen die Kriegsverordnungen vergangen haben, veröffentlicht werden. Wenn man immer von Milde redet, muß man auch von der Demoralisation reden, die während des Krieges in weiten Kreisen eingetreten ist. Wir waren früher ein ehrliches Volk. Heute sind wir es nicht mehr. Wenn wir wieder zur Ehrlichkeit zurückkehren wollen, müssen wir die bessernde Hand hier anlegen. Der Redner forderte, daß die Assessoren rascher als bisher in selbständige Stellungen kommen und schloß mit den Worten: Der Lehrmeister nach dem Kriege wird uns sein: Die Not an Geld und der Mangel an Menschen. (Beifall.)

Abg. Reck (nat.-lib.):

Der Minister hat in seinen Ausführungen über die Grundbuchämter und Notariate viele Anregungen gegeben und weite Ziele gesteckt. Seine Ausführungen gipfelten letzten Endes in der Ueberbringung der Grundbuchämter zu den Amtsgerichten. Das ist es, was die Bevölkerung nicht will. Die Ratschreiber sind gut eingearbeitet, treu und zuverlässig. Bei der Neuordnung des Grundbuchwesens würden die Gemeinden zu großen Ausgaben veranlaßt, die oft mit nicht leichten Kämpfen bei den Bürgerausschüssen zur Zustimmung vertreten werden müßten. Durch die Verlegung der Grundbuchämter an die Amtsgerichte würde eine neue große Unruhe in die Gemeinden getragen worden, die man vermeiden sollte. Auch Staat und Gemeinden haben ein großes Interesse daran, daß der jetzige Zustand erhalten bleibt. (Beifall.)

Abg. Krauth (nat.-lib.)

verlangte die Wiedererrichtung eines Amtsgerichtes in Neckargemünd, um die der Gemeinderat von Neckargemünd sich bemüht. Das Amtsgericht wäre auch ein Ersatz für das in Wegfall kommende Notariat.

Abg. Köhler (Zentr.)

beschwerte sich darüber, daß der Vorsitzende der Berufsorganisation der mittleren Justizbeamten wegen eines Artikels in dem Vereinsblatte in eine Strafe von 100 ℳ durch seine vorgesetzte Behörde genommen wurde. Als dann der Vereinsvorstand beschlossen habe, die Strafe zu bezahlen, sei eine hochnotpeinliche Untersuchung gegen den Vorstand eingeleitet worden, die allerdings im Sande verlaufen ist. Gegen ein solches Verhalten müsse Verwahrung eingelegt werden.

Hier wurde abgebrochen.

Der Präsident teilte verschiedene Eingänge mit. Den Abgg. Dr. Blum (nat.-lib.), Dr. Gerber (nat.-lib.) und Böttger (Soz.) wurde aus militärischen Gründen Urlaub erteilt.

Das Haus vertagte sich auf Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache.

Präsident Dr. Zehnter,

der im Laufe der Verhandlung den Vorsitz wieder übernommen hatte, führte aus: Die heutige Sitzung der Zweiten Kammer ist die letzte, der ich beiwohnen kann. Ich danke allen Mitgliedern des Hauses für das Vertrauen und Entgegenkommen, das sie mir bewiesen haben während der Zeit, während ich Präsident des Hauses war. Ich scheide nach einer mehr als 18jährigen Zugehörigkeit aus der Zweiten Kammer aus, nicht ohne eine gewisse Ergriffenheit und Wehmut. Da jedoch der Großherzog mich zum Mitgliede der Ersten Kammer ernannt hat, werde ich mit Ihnen in einer gewissen Fühlung bleiben. (Beifall.) Indem ich von ihnen scheide, begleiten meine besten Wünsche Sie und Ihre Arbeit. Hiermit übergebe ich das Amt, das Sie am 29. November mir übertragen haben, in Ihre Hände zurück und bitte den Vizepräsidenten Rohrhurst, die morgige Sitzung zu leiten. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Abg. Rehmann (natl.):

Nachdem Abg. Zehnter angezeigt hat, daß er aus der Ständekammer ausscheidet, ist es mir angenehme Pflicht, ihm für die Zweite Kammer zu danken für die Art und Weise, wie er das Präsidium geführt hat. Wir haben in ihm einen Präsidenten kennen gelernt von strenger Sachlichkeit und Unparteilichkeit. Darüber hinaus möchte ich dem Bedauern Ausdruck geben, daß er aus unseren Reihen scheidet. Ich möchte aussprechen, daß wir den Verlust einer so hervorragenden Persönlichkeit schmerzlich empfinden und sein Ausscheiden aus der Zweiten Kammer tief bedauern. Wir danken ihm für alle Arbeit, die er in der Zweiten Kammer während seiner langen Mitgliedschaft geleistet hat und wir wünschen ihm für seinen ferneren Lebensweg alles Gute. Wir werden uns freuen, wenn wir ihm auch in seiner neuen Eigenschaft als Mitglied der Ersten Kammer wieder begegnen. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

Präsident Dr. Zehnter

dankte für diese Abschiedsworte und wiederholte, daß er mit einer gewissen Ergriffenheit aus seiner bisherigen Tätigkeit scheide.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

*

Aus den Kommissionen der Zweiten Kammer.

B.L.C. **Karlsruhe**, 30. Jan. Der Ausschuß der Zweiten Kammer des Landtags für Ernährungsfragen hielt heute vormittag seine erste Sitzung ab, die sich mit der Verteilung der Berichte über die dritte Denkschrift der Großh. Regierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges befaßte. Es wurden 5 Berichterstatter ernannt, die über folgende Titel zu berichten haben: Titel 1, beamtenrechtliche Maßnahmen aus Anlaß der Mobilmachung, und Titel 4, Verkehrsmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung, Berichterstatter Abg. Hertle (R. V.); Titel 2, Maßnahmen auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, Titel 7, Polizeiliche Maßnahmen mit wirtschaftlichem Nebenzweck und Titel 9, Sanktionsmaßregeln, Berichterstatter Abg. Weißhaupt (Ztr.); Titel 8, Maßnahmen hinsichtlich der gewerblichen Betriebe, Titel 5, Maßnahmen aus dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens und Titel 6, Fürsorge für Gemeinden und gemeinnützige Organisationen, Berichterstatter Abg. Massa (F. V.); Titel 7, Maßnahmen sozialer Fürsorge und Titel 11, Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege, Berichterstatter Abg. Strobel (Soz.), und Titel 10, Verkehr mit Lebens- und Futtermitteln und mit sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs, Berichterstatter Abg. Köhlin (natl.). Diesem Berichte fügt sich noch die Mehrzahl der an die Kommission verwiesenen Anträge und Petitionen ein.

*

B.L.C. **Karlsruhe**, 30. Jan. In der Kommission für Justiz und Verwaltung verhandelte man über den Antrag des Zentrums, wonach die derzeitige Regelung des amtlichen Verkündigungswesens dahin abgeändert werden soll, daß die jetzigen Amtsverkündiger beseitigt und die amtlichen Bekanntmachungen gegen vereinbarte Zeilen- und Rabattvergütung an alle verbreiteteren Blätter des Landes gegeben werden sollen. Der Berichterstatter gab eine historische Uebersicht über die Entwickelung der Amtsverkündiger und empfahl die Annahme des Antrages. In der Debatte wies ein nationalliberaler Vertreter darauf hin, daß es während des Krieges eine Unbilligkeit sei, eine Aenderung des im großen und ganzen bewährten Systems herbeizuführen. Eine weitere Anregung geht dahin, die amtlichen Bekanntmachungen in allen Zeitungen des Bezirks, ferner an alle auswärtigen badischen Zeitungen zu geben, die mit mindestens 500 Abnehmern im Bezirk vertreten sind. Die ursprünglichen Antragsteller erklärten sich mit dieser letzten Anregung einverstanden. Die Regierung sieht die Notwendigkeit der Aenderung in der jetzigen Kriegszeit nicht ein. Die mannigfachen Schwierigkeiten im Kriege, insbesondere der Papiermangel und nicht zuletzt die finanziellen Mehraufwände, geben hierzu die Begründung. Der geänderte Antrag wurde mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen.

*

B.L.C. **Karlsruhe**, 30. Jan. Die Budgetkommission setzte die Beratung über die Landwirtschaft mit der Besprechung der Reblausfrage fort. Es wurde getadelt, daß man im Anbau der Amerikaner Rebe weitere Schwierigkeiten in den Weg lege. Mustergültig arbeite das Weinbauinstitut in Colmar, seine Tätigkeit wurde zur Nachahmung empfohlen. Das Verbot der Taylor-Rebe soll aufgehoben werden. Es besteht die Befürchtung, daß die einseitige Pflege der Qualitätsreben die Rebbauern zugrunde richten würde. Die Amerikaner Reben hätten sich im letzten Jahre im Elsaß sehr bewährt und einen reichen Ertrag erbracht. Die Regierung lehnte unter Hinweis auf die Gesetzgebung die Erlaubnis zur allgemeinen Einführung der Amerikaner Rebe ab, bezweifelte auch, daß die diesjährigen Erfolge bleibend seien, ist aber bereit, Versuche in ausgedehntem Maße zu fördern. Gefordert wurde schließlich die Errichtung einer größeren Zahl von Weinbauschulen. — Die Regierung machte eingehende Mitteilungen über die Fleischversorgungsstelle. In 1½ Jahren sind neben dem Kleinvieh 70 500 Stück Großvieh angekauft worden zum Gesamtbetrage von 57 Millionen Mark. Die Höhe des mitgeteilten Reingewinnes der Sammelstellen von 60 Millionen Mark stößt auf allgemeinen lebhaften Zweifel, sodaß die Regierung eine erneute Prüfung zusagt. Die Tätigkeit der badischen Regierung auf diesem Gebiete wurde lobend anerkannt, die Unvollkommenheiten damit begründet, daß man auf halbem Wege stehen geblieben sei. Gefordert wurde von allen Seiten die volle Organisation des Fleischhandels und damit das Ausscheiden des Handels.

*

Eine raschere Erledigung der Landtagsarbeiten.

* **Karlsruhe**, 30. Jan. Im „Volksfreund" wendet sich ein wohl aus der Feder des Landtagsabg. Kolb stammenden und im „Bad. Beobachter" ein mit B. K. (Abg. Köhler) gezeichneter Artikel gegen den langsamen Gang der Verhandlungen in der Zweiten Kammer, die noch nicht einmal den Staatshaushalt erledigt hat und der noch große und dringliche Aufgaben zur Beschlußfassung bevorstehen. In beiden Artikeln wird darauf hingewiesen, daß, wenn die Verhandlungen in dem jetzigen Tempo weitergehen, der Landtag bis tief in den Sommer hinein beisammen sein wird. Im „Bad. Beobachter" wird die Einschiebung eines fünften Verhandlungstages (Montag) gefordert und in beiden Blättern wird verlangt, daß auch die Kommissionen raschere Arbeit machen.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 31. Januar 1918.

Na. **Dem Ortsausschuß Karlsruhe des Badischen Heimatdank** wurde von Herrn Julius Drück, Inhaber der Firma Leipheimer und Mende als einmalige Spende der Betrag von 1000 ℳ überwiesen.

= **Selbstmordversuch.** Gestern nachmittag wurde eine 18 Jahre alte Schreibgehilfin von hier, welche aus verschmähter Liebe Blausäure und Lysol getrunken hatte, in schwer verletztem Zustande am Hauptplatz hier aufgefunden. Nachdem ihr durch eine Aerztin die erste Hilfe geleistet worden war, erfolgte ihre Verbringung in das städt. Krankenhaus.

= **Unfall.** Eine Postaushelferin aus Busenbach stürzte gestern abend beim Einladen von Postsachen in einen Zug am Hauptbahnhof hier dadurch von einem Gerüst ab, daß der Zug abfuhr, bevor das Einladen der Postsachen beendet war. Sie erlitt eine Verletzung am linken Arm und fand Aufnahme im Neuen St. Vinzentiuskrankenhaus.

= **Verhaftet** wurden: eine Dienstmagd aus Ettlingen, eine solche aus Durlach, sowie ein Arbeiter aus Kehl wegen Diebstahls und ein Kaufmann auch Daucha wegen Betrugs.

Letzte Drahtberichte.

Kirchendiebstähle.

* **München**, 31. Jan. Die Münchener Frauenkirche und die Münchener Domkirche ist wegen fortgesetzter Diebstähle von Kerzen und Altartüchern für den allgemeinen Besuch geschlossen worden und nur noch während der Zeit der Gottesdienste und der Andachten geöffnet.

Die Nationalliberalen und die preußische Wahlrechtsvorlage.

Von Angehörigen der Nationalliberalen Partei in Preußen ist folgende Kundgebung zur preußischen Wahlrechtsfrage erlassen worden:

„Den Erwägungen, ob im Kriege eine Aufrollung der preußischen Wahlrechtsfrage angezeigt sei, hat die Einbringung der Wahlrechtsvorlage den Boden entzogen. Jetzt handelt es sich nur noch darum, ob in absehbarer Zeit das Wahlrecht in Preußen überhaupt verändert werden soll oder nicht. Unausgesetzt, zuletzt noch auf dem Magdeburger Parteitag, hat die Nationalliberale Partei die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung des preußischen Wahlrechts anerkannt. Ueber die Art und Weise und das Maß haben in der Partei die Meinungen gewechselt. Während die Gründer der Nationalliberalen Partei für das gleiche Stimmrecht eintraten, vereinigten sich auf dem Magdeburger Parteitag die verschiedensten Richtungen auf der Forderung des unmittelbaren und geheimen Wahlrechts unter derzeitiger Ablehnung der vollkommenen Gleichheit. Die Erfahrungen der Kriegszeit haben auch hierin in manchen Kreisen der Partei einen Wandel herbeigeführt, insbesondere einer Abstufung des Stimmrechts nach Besitz immer mehr Gegner zugeführt. Unbeschadet aber der grundsätzlichen Stellung über die Vorzüge der Gleichheit oder Abstufung, halten wir es für eine geschichtliche Notwendigkeit, die von unserem Könige zugesagte und vorgeschlagene Gleichheit des Wahlrechts anzunehmen und dadurch die unter dem Kriege schwer leidende Gesamtheit unseres Volkes mit dem Bewußtsein der Gleichberechtigung in unserem staatlichen Leben zu erfüllen. Wir erwarten von diesem Schritt, der für manche ein Opfer bedeutet, daß er in den Kreisen, denen die Vermehrung der politischen Rechte zugute kommt, die vaterländische Opferwilligkeit stärkt, ohne die wir den von unserer Partei gewollten siegreichen Frieden nicht erreichen können.

Wir bitten daher unsere Abgeordneten im preußischen Landtag jeder Verschleppung der Wahlreform entgegenzutreten und unter patriotischem Verzicht auf begreifliche Bedenken sich auf den Boden des von der Regierung vorgeschlagenen Grundsatzes der Gleichheit zu stellen."

Diese energische Kundgebung ist unterzeichnet von einer großen Zahl führender Männer der Nationalliberalen Partei in Preußen, so u. a. von dem 1. Vizepräsidenten des Reichstags, Dr. Paasche, vom Reichstagsabg. Dr. Böhme, von dem bekannten Major z. D. und rPofessor Dr. A. v. Parseval und vielen anderen Mitgliedern der Partei.

Die Luftangriffe auf London.

WTB. **London**, 30. Jan. Amtl. Bericht über die Luftangriffe. Während der letzten Nacht zwischen 10 Uhr und 12.30 Uhr wurden von feindlichen Flugzeugen mehrere Angriffe auf London unternommen. In einem Falle gelang es den Angreifern, in die Hauptstadt durchzudringen. Die erste feindliche Maschine überflog die Insel Thames um 9.30 Uhr und fuhr die Themse-Mündung weiter in Richtung nach London. Sämtliche Flugzeuge wurden durch Geschützfeuer zur Umkehr gezwungen. Ungefähr zu derselben Zeit flogen vier andere Angreifer über die Küste von Essex. Auch ihnen gelang es nicht, durch die äußeren Verteidigungslinien der Hauptstadt durchzudringen. Inzwischen passierte ein einzelnes Flugzeug, das 9.30 Uhr über die Küste von Essex geflogen war, im Bogen Nord- und West-London und warf einige Bomben am Südwestrande der Stadt ab. Zur gleichen Zeit ließ eine andere feindliche Maschine Bomben am Nordostrande der Stadt fallen, ohne jemanden zu verletzen oder Schaden anzurichten. Andere Flugzeuge, die die Küsten von Kent und Essex zwischen 10.25 Uhr und 10.50 Uhr überflogen, wurden alle auf ihrem Wege nach London zur Rückkehr genötigt.

Der Schlußangriff, der von 3 oder 4 Maschinen zwischen 11.30 Uhr und Mitternacht über die Küste von Essex hinweg unternommen wurde, war ebenfalls ohne Erfolg. An verschiedenen Stellen von Kent und Essex wurden Bomben abgeworfen, aber es liegen keine detaillierten Nachrichten vor über Menschenverluste oder Schäden in diesen Grafschaften. In den südwestlichen Vorstädten Londons wurden einige wenige Personen getötet. Voraussichtlich nahmen an den Luftangriffen ungefähr ebensoviele Flugzeuge teil wie in der vorigen Nacht, nämlich 15. Unsere Flugzeuge, die aufgestiegen waren, hatten mehrere Gefechte mit feindlichen Maschinen. Einer unserer Flugzeugführer griff ein feindliches Flugzeug am Nordwestrande Londons an, was zur Folge hatte, daß dieses seine Bomben in offenem Gelände fallen ließ und sich davon machte. Alle unsere Flieger sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Die Zustände in Rußland

werden durch zwei Aufrufe beleuchtet, die das Armeekriegskomitee an alle Deputierten — Räte und Garnisonen gerichtet hat. Es heißt da u. a.:

Von allen Eisenbahnlinien treffen Nachrichten ein über Unordnung und über den Unfug, der auf den Stationen von Soldaten und anderer Personen begangen wird. Die Eisenbahnen befinden sich in den Händen des Pöbels. Die beladenen Waggons werden geöffnet, der Inhalt geraubt. Es gibt eine Menge Leute die ohne Frachtbriefe eigenmächtig Frachten befördern, von den Zügen Wagen abhängen, sich in die Anordnungen des Eisenbahnpersonals einmischen. Eine solche Anarchie auf den Eisenbahnen hat die Beförderung gänzlich in Unordnung gebracht und verderbenbringend auf die Versorgung der Bevölkerung, der hungernden Gouvernements und der Armee an der Front mit Lebensmitteln gewirkt, wodurch unübersehbares Unheil angerichtet wird.

WTB. Petersburg, 31. Jan. (Ptbg. Tel. Ag.) Der Rat der Volksbeauftragten verfügte, daß die metallurgische Fabrik von Sestorek und die Flugzeugfabrik von Lansky mit allem Zubehör zugunsten des Staates beschlagnahmt werden, da die Verwaltungen der genannten Fabriken sich der Kontrolle der Arbeiter widersetzten und die Arbeit einzustellen beabsichtigten. Fälle von Arbeitsverweigerungen und Sabotage kommen vor die revolutionären Gerichtshöfe. Die Newski-Fabrik wird Eigentum der russischen Republik und dem Handels- und Industriekommissariat übergeben. Das technische Personal soll im Amte bleiben.

Die Entente-Konferenz.

O **Versailles**, 30. Jan. (Agence Havas.) Clemenceau, Lloyd George und Orlando traten heute vormittag zu einer Sitzung der Vertreter der Alliierten zusammen, die bis 11.45 Uhr währte. Am Nachmittag wird eine Vollsitzung stattfinden, die abgesehen von Clemenceau, Lloyd George und Orlando die Militärmissionen Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas vereinigen wird.

WTB. Versailles, 30. Jan. Der Kriegsrat ist heute nachmittag zusammengetreten.

Die feindlichen Heeresberichte.

WTB. **Rom**, 31. Jan. Heeresbericht von gestern. Die tapferen Truppen in der Gegend der Hochfläche krönten in glücklicher Weise die am 27. Januar östlich Asiago begonnenen Kämpfe. Sie nahmen dem Feind am Abend des 28. Januar die befestigten Stellungen westlich des Frenzela-Tales ab und hielten sich mit großem Mut auf dem Col del Rosso. Auf dem erklommenen Paß bedrängten sie den Gegner, warfen ihn in die Gegend von Sasso Rosso zurück und schlugen zahlreiche feindliche Gegenangriffe mit der blanken Waffe ab. Am gestrigen Tage wurde unser Erfolg durch die Erstürmung des Monte di Val Bella ausgebaut. Die feindlichen Verluste waren sehr stark. Zwei feindliche Divisionen wurden fast völlig aufgerieben. Die Beute ist noch nicht völlig gezählt, aber es ist bereits bekannt, daß sie außer 100 Offizieren 2500 Mann an Gefangenen, sechs Kanonen verschiedener Kaliber, ungefähr 100 Maschinengewehre, eine sehr große Zahl Bombenwerfer, mehrere Tausend Gewehre und eine sehr große Menge von Munition und Material aller Art umfaßt. Die feindliche Artillerie beschoß heftig die eroberten Stellungen.

Eine Springflut.

WTB. **Brisbane**, 31. Jan. (Reuter.) **Der Hafenmeister von Mackay meldet dem Marineministerium drahtlos: Ein Zyklon und eine Springflut haben den Hafenplatz betroffen. Bisher wurden 14 Tote geborgen. Die Stadt hat nur für 10 Tage Lebensmittel. Die General-, die Zentral- und die Northern-Eisenbahn, sowie die Telegraphenlinien sind unterbrochen. Die Regierung rüstete eine Hilfsexpedition aus. Alle in Mackay befindlichen Werften und Zuckerlager sind zerstört. Die dort liegenden Zuckermengen werden auf 800 000 Pfd. Sterling geschätzt. Die Stadt ist vollständig überschwemmt. Drei Dampfer sind verloren gegangen, andere Schiffe schwer beschädigt.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Obstwein.

Wir beabsichtigen an die hiesige Bevölkerung Obstwein abzugeben. Der Preis beträgt 90 ₰ für das Liter ab Faß, die Versteuerung geht zu Lasten des Käufers. Es werden bis zu 100 Liter an eine Haushaltung verabfolgt.

Die Anmeldung zum Bezug hat schriftlich bei der unterzeichneten Stelle zu geschehen. Mündliche Anmeldungen werden nicht angenommen.

Auf Grund der Anmeldung stellen wir den Bestellern eine Anweisung zu, gegen welche der Obstwein verabfolgt wird. Die Ausgabe geschieht bis auf weiteres bei der Firma B. Finkelstein, Rintheimerstraße 10.

Die Abgabe des Obstweins erfolgt, soweit der Vorrat reicht; einen Anspruch auf Lieferung gewähren die ausgegebenen Anweisungen nicht. Es liegt deshalb im Interesse der Besteller auf die ausgestellten Anweisungen, den Obstwein sofort zu holen.

Karlsruhe, den 28. Januar 1918. D 20

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Städt. Arbeitsamt

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

1000 Erdarbeiter nach auswärts
(Abkehrschein und Quittungskarte mitbringen).

1 Buchbinder (für Papierschneidemaschinen).

1 Vorarbeiter, der im Mischen von Gewürzen Erfahrung hat.

1 selbständiger Konditor.

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe
Städtisches Arbeitsamt
Zähringerstraße 100. A 5

Taschenlampen-Batterien

neu eingetroffen. 1128

An Wiederverkäufer wird zu günstigen Preisen abgegeben.

Grund & Oehmichen, Waldstr. 26.

Automobile und Elektromobile

Last- u. Personenwagen, auch defekt, sowie Teile **kauft gegen Cassa**

Auto-Reparatur, Frankfurt a. M.-West
Kurfürstenstr. 60—62. 20771

Kaninfelle,

fertig verarbeitet zum Gebrauch, werden im **Laden der Städtischen Bekleidungsstelle, Kaiserstraße 91,** zum Verkauf gebracht. P. 3

Soeben erschien:
Die erste auf Tatsachenmaterial beruhende, mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen versehene Broschüre über U-Bootkrieg und Frachtraum.

Wann kommt der Frieden?

von D. Trietsch
(Verfasser von „Deutschland — Tatsachen und Ziffern". Bisherige Auflage 100 000!)

Preis eine Mark
Zu Verbreitungszwecken
von 100 Stück an je 80 Pf.
„ 500 „ „ „ 70 „
„ 1000 „ „ „ 60 „

Zu den gleichen Preisen ist zu haben ein nach dem Schlußkapitel der Broschüre gearbeitetes vierfarbiges Wandbild 56×90 Ctm. das sich zum Aushang in Werkstätten, Kasernen, Soldatenheimen, Schulen, Büros usw. usw. eignet. 12008

Der Versand erfolgt in der Reihenfolge der Bestellungen gegen Einzahlung des Gegenwertes auf unser Postscheckkonto Berlin 33562. „Neutrales Presse Büro Hermann Kurz, Berlin-Südende". Langestraße 6. Fernruf: Südring 582.

Wiederverkäufer wollen Sonderangebot einfordern.

Frauen und Mädchen

sagt denen, die Goldschmuck tragen, dass sie ihre Pflicht verletzen.

1008

Albert Ludwigs-Universität Freiburg i. B.

Das Verzeichnis der Vorlesungen, welche im Sommersemester 1918 an der bisherigen Hochschule gehalten werden, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie gegen Einsendung von 20 Pfg. (auch in Briefmarken) vom hiesigen Universitäts-Sekretariat zu beziehen. 15009

Die Grundlage der modernen Sicherheitstechnik auf diesem Gebiete geschaffen zu haben, ist unser Verdienst.

120 000 Liter Benzin
im brennenden Automobilbahnhof der Allg. Berliner Omnibus-A.-G. dank der Sicherheitsanlage M. & H. vor Explosion u. Verbrennung geschützt

Fliegergefahr

nötigt zur zuverlässigsten Sicherung aller Vorräte an feuergefährlichen Flüssigkeiten wie sie allein durch das bei schweren Brandkatastrophen vielfach bewährte System „Martini–Hüneke" geboten wird.

Martini & Hüneke Maschinenbau-Akt.-Ges. **Berlin SW**

Zweiggesellschaften: Wien, Budapest, Mailand, Paris, Warschau, Amsterdam, New York

8004

Brennholz-Abgabe.

Im **alten städt. Gaswerk, Kaiserallee 11,** wird bis auf weiteres an **Werktagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags**

Forlen- und Tannen-Brennholz

grob gespalten, zum Preise von **Mk. 5.60** für den Zentner ab Lagerplatz, in Kopfmengen von 1 bis 2 Zentnern an die hiesigen Einwohner abgegeben.

Die Zufuhr des Holzes kann nicht übernommen werden. J 5

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Pensionat

mit 20 vollständigen Betten, sowie dazu gehörige Möbel u. ca. 3 Morgen Land krankheitshalber zu **verkaufen.**

Nähere Auskunft erteilt 7004

Heinrich Schnell, Agent
Michelstadt i. O.

Verfrachtung

von 12008

Massen-Gütern

auf dem

Rhein, Rhein-Herne-, Rhein-Weser- und Dortmund-Ems-Kanal

übernimmt

Duisburg-Ruhrorter Schleppverein, G. m. b. H.
Duisburg-Ruhrort und **Mannheim**

Tel.-Nr.: Duisburg-Nord 6013, 6014, 6015. Tel.-Nr.: Mannheim 759

Eins vom Hundert

nur ist die Wahrscheinlichkeit, daß Ihr Lebensversicherungsantrag abgelehnt wird, wenn Sie ihn beim Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Verein a. G. in Stuttgart einreichen. Schon 1916 wurden nur 5 von 100 Anträgen abgewiesen; jetzt nach Schaffung besonderer Einrichtungen für bisher nicht versicherbare Personen ist nur 1 Antrag von 100 nicht annahmefähig. Neuartig vorteilhafte Bedingungen für jede Gefahrenklasse. Bestand an Lebensversicherungsscheinen Ende 1917: 150 000. Falls Sie sich für unsere Neuerungen interessieren, so nennen Sie uns gefl. Ihr Geburtsdatum. 2357

Aufgebotsverfahren.

Herr **Otto Graf,** Kunstmaler, z. Zt. Hilfsgendarm in **Oberkirch,** hat den Antrag gestellt, sein abhanden gekommenes Sparbuch Lit. W. Nr. 153 mit einer Einlage von 7 083 Mk. 12 Pfg., inzwischen durch Zinsgutschrift angewachsen auf 7357 Mk. 22 Pfg., für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Kasse vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird. F 7

Karlsruhe, den 29. Januar 1918.

Städtische Spar- u. Pfandleihkasse-Verwaltung.

Müllabfuhr.

Vielfach wird das Hausmüll auf den Anwesen nur 1 Mal wöchentlich zur Abholung bereitgestellt. Die Gefäße sind infolgedessen großenteils so überfüllt und die anfallenden Müllmengen so groß, daß die Zahl unserer Wagen zur Abfuhr nicht genügt und daher auch nicht alle bereitgestellten Eimer entleert werden können. Es wird deshalb ersucht, das Hausmüll 3 Mal wöchentlich an den in Frage kommenden Tagen zur Abholung bereitzuhalten, auch wenn die Eimer nicht jedesmal gefüllt sind. O 2

Karlsruhe, den 22. Januar 1918.

Städtisches Tiefbauamt.

Wir haben sofort abzugeben:
Lehren, Kaliberringe, Gewindekaliber, Gewindefräser 12 Gang u. 16 Gang auf 1", 60° Kanten-Winkel für 7,6 und 10,4 cm Granaten. 1109

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe.
Karlsruhe (Baden).

Billig zu verkaufen:
Pack- und Brief-
Siegellack
à Pfd. Mk. 3.50, Probestange 80 Pfg. extra gute **Bleistifte von Faber** à Dtzd. Mk. 1.80. Die Bleistifte sind von vorzügl. Qualität. Noch Friedensware.
H. Hoffmann,
Frankfurt a. M., Spohrstraße 37.

Erstklassiges Unternehmen der
Darlehnsbranche
sucht für hiesigen Bezirk
geeignete Vertreter
Offerten unter **R. 1397** an die Expedition ds. Bl. 15007

Rentables Geschäft
verlegbar, **gibt ab: G. Mayenburg** in **Augsburg** G 185. Erforderlich 200 Mk. 7002

Privatsekretärin.

Jüng. Fräulein aus guter Familie **sucht** Stellung als **Privatsekretärin,** am liebsten Gut od. dergl. Angebote unter Nr. 7003 an die Geschäftsstelle der Bad. Ldsztg.

Kunsthandlung
SCHWARZ
Kaiserstr. 225
Oelgemälde
Karlsruher Künstler. 1081

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

25. Jan.: Gertraud Anna Maria, V. Otto Hans, Lokomotivheizer. — 26. Jan.: Josef Emil Alfons, V. Josef Werner, Kaufmann.

Eheaufgebote.

29. Jan.: Leo Schiebenes von Schöllbronn, Taglöhner hier, mit Ella Beyer von Mannheim. — 30. Jan.: Sebastian Klumpp von Forchheim, Bahnarbeiter hier, mit Anna Gottmann von Obrigheim; Friedrich Ratzel von Eggenstein, Brunnenbauer hier, mit Luise Köbele von Lahr; Eugen Sitter von Lauterburg, Maschinist in Karlsruhe-Grünwinkel, mit Eva Arbogast von Melsheim.

Eheschließung.

29. Jan.: Oskar Wielandt von Pforzheim, Dipl.-Ing. hier, mit Martha Rauch von hier.